

02.06.2017

Die Mitte **CDU**



Liebe Freunde,

wieder einmal liegen ereignisreiche Tage hinter mir. In meiner Funktion als Abgeordneter und Obmann meiner Fraktion im Petitionsausschuss habe ich in der Woche über Christi Himmelfahrt eine Delegationsreise nach Argentinien und Chile angeführt. Eigentlich sind Auslandsdienstreisen ja nicht so wirklich meine Sache, ich weiß aber, dass sie hier und da z.B. mit Blick auf Menschenrechte und wirtschaftlichen Beziehungen wichtig und notwendig sind. Nur wenn man Beziehungen pflegt, entsteht hieraus tiefes Vertrauen. Als Petitionsausschuss ging es uns auf dieser Reise unter anderem darum, zu diskutieren, wie sich die Bürger in Argentinien mit Anregungen, Beschwerden oder auch Ideen in den staatlichen Prozess einbringen können und welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede es dabei zu unseren Verfahren in Deutschland gibt. Für mich als Haushaltspolitiker und Unternehmer waren natürlich vor allem die aktuelle wirtschaftliche Situation in beiden Ländern und ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland interessant, zu der uns die Auslandshandelskammern vor Ort hervorragend informiert haben. Argentinien kämpft noch immer mit großen Problemen. Nach Jahren der fehlenden Investitionen in Argentinien während der Kirchner-Jahre hat die Infrastruktur des Landes schwer gelitten. Es bleibt nun zu hoffen, dass die Investitionen der seit 2015 im Amt stehenden konservativen Partei Propuesta Republicana unter Mauricio Macri von der Bevölkerung honoriert werden, auch wenn sie sich nicht sofort in ihren eigenen Geldbeuteln niederschlagen. Am Ende habe ich wieder einmal festgestellt, wie klein die Welt doch ist. Beim Treffen mit der argentinischen Abgeordneten Cornelia Schmidt-Liermann kam heraus, dass Sie aus Achim kommt! Damit hatten wir natürlich sofort Gesprächsstoff über unsere gemeinsame Heimat.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer



Jugend und Parlament: David Niebuhr zu Besuch bei mir im Bundestag

Am Montag und Dienstag hatte ich in meinem Büro Besuch von David Niebuhr aus Thedinghausen. Er ist einer von insgesamt 315 Jugendlichen im Alter von 17 bis 20 Jahren, die in dieser Woche im Deutschen Bundestag den Weg der Gesetzgebung simulieren. In einem groß angelegten Planspiel können die Jugendlichen vom 27. bis 30. Mai 2017 das parlamentarische Verfahren nachstellen. Ich kannte David bereits von zwei früheren Besuchen in Berlin und hatte ihn daraufhin vor einigen Monaten als Teilnehmer für das Planspiel ausgewählt.



Das Planspiel, das vom Besucherdienst des Deutschen Bundestages durchgeführt wird, ist eine tolle Gelegenheit für die jungen Leute, Einblicke in die komplexen parlamentarischen Abläufe und in die Arbeit der Abgeordneten in den Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen zu bekommen. Die Teilnehmer übernehmen für vier Tage die Rollen von Abgeordneten und werden vier Gesetzesinitiativen simulieren. Wie ihr seht hat David schon einmal im Chefsessel Platz genommen! Und auch der Spaß soll natürlich nicht zu kurz kommen. Deshalb habe ich David am Dienstag mit auf die Fraktionsebene genommen, damit er dort auch noch einmal die Kanzlerin aus der Nähe betrachten konnte. Dabei sind uns auch gleich noch Wolfgang Schäuble und Ursula von der Leyen begegnet—für David ein gelungener Besuch!

Große Reform in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Nach intensiven Beratungen stellen wir die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage und schließen damit eines der wichtigsten Reformvorhaben dieser Koalition ab. Mit einem umfangreichen Gesetzgebungspaket, zu dem auch Grundgesetzänderungen gehören, sorgen wir für finanzielle Planungssicherheit in Bund und Ländern von 2020 bis mindestens 2030. Im Vordergrund dieser Reform steht für uns die gesamtstaatliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Damit tragen wir bei zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland. Unterschiede in der Finanzkraft der Länder werden künftig nicht mehr durch einen horizontalen Finanzausgleich untereinander abgedeckt, sondern über die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Ergänzend erklärt sich der Bund zu einer jährlichen zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Im Gegenzug konnten wir strukturelle Verbesserungen im Bund-Länder-Verhältnis erreichen. So wird der Stabilitätsrat gestärkt, indem er die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene überwacht.

Im parlamentarischen Verfahren haben wir dem Bund einen größeren Einfluss auf die Ausgestaltung der Länderprogramme zur Verwendung der Bundesmittel gesichert. Zudem stärken wir die Weisungsmöglichkeiten des Bundes beim Steuervollzug und machen somit den Vollzug im Finanzwesen effizienter. Auch Autobahnen sind für uns als starke Wirtschaftsnation wichtige Lebensadern. Um Planung, Bau, Betrieb und Erhalt der Autobahnen künftig effizienter und schneller zu gestalten, übertragen wir diese Aufgaben von 16 Ländern auf den Bund. Dort schaffen wir eine Infrastrukturgesellschaft, die ab 2021 die genannten Aufgaben übernimmt. Wir sichern den über 10.000 Beschäftigten einen guten Übergang zum Bund zu und werden auf ihre Bedürfnisse bei diesen Veränderungen achten. Schließlich schaffen wir die Grundlage dafür, dass der Bund finanzschwachen Kommunen Finanzmittel für die Schulen zur Verfügung stellen kann. An der Kernzuständigkeit der Länder für das Bildungswesen ändert sich damit nichts, aber wir wollen in einem für die Zukunft unseres Landes wichtigen Bereich gezielte Hilfen ermöglichen, die Kindern zugutekommen.

Wir haben eine klare Haltung in der Außenpolitik

In den letzten Tagen und Wochen wird intensiv über die Situation in den Vereinigten Staaten diskutiert. Für uns ist klar: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind ein fester Pfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland wird weiter daran arbeiten, diese freundschaftlichen Beziehungen zu stärken. Gerade deswegen ist es aber auch richtig, Differenzen unter Freunden ehrlich zu benennen.

Ein starkes Europa ist uns als Union seit jeher wichtig. Wir wollen nicht überall mehr, sondern in den entscheidenden Dingen ein besseres Europa: bei der inneren und äußeren Sicherheit, bei der Wettbewerbsfähigkeit, bei der Digitalisierung und beim weltweiten Werben für Freihandel. Wir sind bereit, mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron als überzeugtem Europäer einen Impuls für diese stärkere EU zu setzen. Das ist keine Abgrenzung gegenüber den USA, sondern seit langem ein Pfeiler unserer Außenpolitik.

Zu Incirlik: Wir haben eine klare Position. Wenn die Türkei bei ihrem Nein zum Besuchsrecht von Abgeordneten des Deutschen Bundestages bei den in Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten bleibt, kann die Bundeswehr dort nicht bleiben. Die Bundesregierung sucht bereits alternative Standorte. Der Bundesaußenminister möchte mit der Türkei noch einmal verhandeln, weshalb es unverständlich ist, dass seine eigene SPD-Fraktion ihn dabei nicht unterstützen will. Wir lassen uns jedenfalls nicht drängen.

Stärkung der Betriebsrente als wichtige Säule der Altersvorsorge

Wir haben in dieser Legislaturperiode viel zum Thema Rente umgesetzt. Jetzt stärken wir mit der Betriebsrente das Zusammenspiel von gesetzlicher Rentenversicherung und ergänzender Altersvorsorge. Derzeit haben rund 60 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland Anspruch auf eine Betriebsrente. Mit Zuschüssen und Steuervorteilen erhöhen wir die Bereitschaft zur ergänzenden Sicherung des Alterseinkommens. Insbesondere Geringverdiener profitieren von dem neuen Betriebsrenten-Förderbetrag. Bei Einkommen bis zu 2.200 Euro brutto im Monat bezuschussen wir einen Arbeitgeberbeitrag zur Betriebsrente von bis zu 480 Euro im Jahr mit bis zu 144 Euro. Für Geringverdiener wird eine Betriebsrente attraktiver, weil bis zu 200 Euro im Monat nicht mehr mit der Grundsicherung im Alter verrechnet werden.

Auch der staatliche Zuschuss zur Riester-Rente steigt um 21 Euro auf 175 Euro pro Jahr. Die betriebliche Altersvorsorge soll künftig zusätzlich über Tarifverträge ausgebaut werden. Die Arbeitnehmer sollen, begrenzt auf ein neues Sozialpartnermodell, auf eine Garantie verzichten, wie hoch die Betriebsrente am Ende ausfällt. Den Beschäftigten wird stattdessen eine Zielrente angeboten. Die neue Betriebsrente ohne Garantien ist ein Vertrauensvorschuss an die Tarifvertragspartner, an Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es ist jetzt ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Vertrauen in die Sicherheit des neuen Modells gerechtfertigt bleibt. Uns ist wichtig, dass sich kleine, nicht-tarifgebundene Betriebe dem neuen Modell anschließen können und dass es gut funktionierende, bestehende Betriebsrentensysteme nicht verdrängt.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 24

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Marlen Homeyer